

527540-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Architekturentwurf – Objektplanung "Gebäude und Innenräume" für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung in Verbindung mit einem Gymnastikraum und Wohnbebauung in Lotte-Halen

OJ S 145/2026 30/07/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

E-Mail: einkauf@swte-netz.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung "Gebäude und Innenräume" für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung in Verbindung mit einem Gymnastikraum und Wohnbebauung in Lotte-Halen

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Planungs- und Beratungsleistungen für das Leistungsbild Objektplanung "Gebäude und Innenräume" gemäß § 34 HOAI i. V. m.

Anlage 10 HOAI zum Zwecke der Neuerrichtung einer dreigruppigen Kindertageseinrichtung in Verbindung mit einem Gymnastikraum und Wohnbebauung auf dem Flurstück 623 (Gemarkung Wersen, Flur 3) mit Stellplätzen im Außenbereich der Anlage. Gegenstand der Beauftragung sind die stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen (LPH) 1 bis 8 und weiterer besonderer Leistungen.

Kennung des Verfahrens: ad74eb9e-a8dc-44ba-aa86-31d153b6828b

Interne Kennung: 0060_2026_11

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Das für ein erstes Konzept und zur Prüfung der Umsetzbarkeit beratende Büro wird im Falle einer Bewerbung im hiesigen Verfahren zugelassen. Ein Wettbewerbsvorteil besteht nicht. Die Pläne werden im Rahmen dieses Verfahrens allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Soweit vorliegend als

Berufsqualifikation der Beruf des Architekten bzw. des Ingenieurs gefordert wird, ist nach § 75 Abs. 1 und 2 VgV zugelassen, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt oder beratender Ingenieur/Ingenieur zu tragen oder nach EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder als beratender Ingenieur/ Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß § 75 Abs. 1 oder 2 VgV benennen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71220000 Architekturentwurf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Lotte

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4D0UMU8G# Zusätzliche Informationen: Für Bietergemeinschaften (1), Eignungsleihe (2) und Nachunternehmer (3) gelten die nachfolgenden Regelungen zum Nachweis der Eignung: (1) Bietergemeinschaften: Bei der Beteiligung von Bietergemeinschaften haben diese mit ihrem Teilnahmeantrag eine Aufstellung der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages sowie eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter alle weiteren Mitglieder der Bietergemeinschaft vertritt und alle Mitglieder bei der Auftragsausführung als Gesamtschuldner haften. Hierfür soll das beigegefügte Formblatt für Bietergemeinschaften (Anlage 1) verwendet werden. Die Erklärungen gemäß dieser Bekanntmachung sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. (2) Eignungsleihe: Der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er bzw. sie nachweist, dass ihm bzw. ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu ist/sind dieses bzw. diese andere(n) Unternehmen unter Verwendung des Formblatts "Formblatt Eignungsleihe" (Anlage 3) zu benennen und die Verpflichtungserklärung (Anlagen 3a und 4) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. (3) Nachunternehmer: Beabsichtigt ein Bieter bzw. die Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen und will der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft sich zugleich auf deren wirtschaftliche und /oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit berufen, sind die Vorgaben der Eignungsleihe zu beachten. Beabsichtigt ein Bieter bzw. die Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen, ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen, müssen die Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, im "Formblatt Einbeziehung von Unterauftragnehmern" (Anlage 2) angegeben werden. Soweit zumutbar, sind in Anlage 2 die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen und die Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers (Anlage 2a) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Sofern die Nachunternehmer nicht benannt wurden, kann die Auftraggeberin vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, unter Verwendung der Anlage 2 die Unterauftragnehmer zu benennen und unter Verwendung der Verpflichtungserklärung in Anlage 2a nachzuweisen, dass die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. In Bezug auf den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter prüft die Auftraggeberin vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des/der Unterauftragnehmer(s) vorliegen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Eigenerklärung zu § 22 LkSG; Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Für die Eigenerklärungen ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden. Eigenerklärung Russlandbezug. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Anlage 6 zum Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Betrug: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Korruption: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Zahlungsunfähigkeit: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Der Bieter hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanung "Gebäude und Innenräume" für die Errichtung einer Kindertageseinrichtung in Verbindung mit einem Gymnastikraum und Wohnbebauung in Lotte-Halen

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Planungs- und Beratungsleistungen für das Leistungsbild Objektplanung "Gebäude und Innenräume" gemäß § 34 HOAI i. V. m. Anlage 10 HOAI zum Zwecke der Neuerrichtung einer Kindertagesstätte in Verbindung mit einem Gymnastikraum und Wohnbebauung im Ortsteil Lotte-Halen auf dem Flurstück 623 (Gemarkung Wersen, Flur 3) mit Stellplätzen im Außenbereich der Anlage. Die Gemeinde Lotte hat nach Durchführung intensiver Bestandsanalysen festgestellt, dass die dreigruppige Kindertageseinrichtung und die anliegende Bewegungshalle im Ortsteil Lotte-Halen zustandsbedingt und funktional abgängig sind. Im Rahmen eines Architektenworkshops hat die SWTE Kommunal GmbH & Co. KG auf Anfrage und in Zusammenarbeit mit der Kommune eine Planungsvariante als Grundlage für den Aufbau einer Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie als Entscheidungsvorlage für die politischen Vertreter der Gemeinde Lotte entwickelt. Der Gemeinderat hat zugestimmt, dass die SWTE Kommunal GmbH & Co. KG das folgende Umsetzungskonzept realisiert: Insgesamt soll im Erdgeschoss eine Kindertageseinrichtung mit 3 Gruppen (eine Gruppe je Gruppenform) mit einem angeschlossenen Mehrzweck- und Gymnastikraum entstehen. Ein Teil des Gymnastikraums soll in den Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung für diese zur Verfügung stehen und durch eine Trennwand zu separieren sein. Der ortsansässige Sportverein soll in den Abendstunden den gesamten Gymnastikraum und während der Öffnungszeiten den nicht-separierten Teil für ihre Sportangebote nutzen können. Im Obergeschoss der Kita sollen sechs Wohneinheiten mit einer Wohnfläche von jeweils zwischen 50 - 80 m² geschaffen werden.

Interne Kennung: 0060_2026_11

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71220000 Architekturentwurf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Mit Zuschlagserteilung werden zunächst nur die Leistungsphasen (LPH) 1 - 4 bezogen auf die Grundleistungen sowie die verbindlichen besonderen Leistungen gemäß Planervertrag beauftragt. Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen (LPH) 5 - 8 sowie der optionalen besonderen Leistungen gemäß Planervertrag erfolgen entsprechend den Regelungen im Planervertrag.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Lotte

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein
Zusätzliche Informationen: Die öffentliche Auftraggeberin behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Nach derzeitigem Kenntnisstand geht die Auftraggeberin für das Vorhaben von geschätzten Baukosten in Höhe von ca. 4,0 Mio. EUR netto aus. Diese Angabe dient ausschließlich der Einordnung des Projektumfangs und der Orientierung der Bewerber im Hinblick auf die ausgeschriebenen Planungsleistungen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert:

Eigenerklärung, im Berufs- oder Handelsregister oder einem gleichwertigen Register eingetragen zu sein. Die Auftraggeberin behält sich vor, einen Nachweis über die Eintragung in einem nichtöffentlich zugänglichen Register anzufordern.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: Erklärung zu der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2023, 2024 und 2025)

durchschnittlich jährlichen Anzahl von Beschäftigten und festangestellten Architekten und/oder Ingenieure. Mindestbedingungen: Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren 2023, 2024 und 2025 im Jahresdurchschnitt mindestens vier festangestellte Architekten und/oder Ingenieure hatten. Für die vorstehenden Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 30,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: Angabe von drei Referenzen über Planungs- und Beratungsleistungen, mit denen der zu vergebende Auftrag vergleichbar ist. Zu nennen sind die erbrachten wesentlichen Leistungen, der Empfänger (Referenzkunde mit Ansprechpartner und Telefonnummer oder E-Mail-Adresse), der Leistungszeitraum, das Bauvolumen in EUR brutto sowie die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist abgeschlossenen Leistungsphasen. Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, können Referenzen im Zeitraum ab 2021 bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist eingereicht werden. Für die vorstehende Erklärung soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. Mindestbedingungen: Eine Referenz wird nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist bis einschließlich Leistungsphase (LPH) 4 abgeschlossen ist. Soweit der Bewerber mehr als drei Referenzen angeben möchte, kann dies unter Übernahme der Gliederung unter G. im "Teilnahmeantrag" auf einer gesonderten Anlage erfolgen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 15,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: Name, Titel, Berufsbezeichnung und Gesamtberufserfahrung des Projektleiters (Angabe in Jahren). Für die vorstehende Erklärung soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 20,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: Name, Titel, Berufsbezeichnung und Gesamtberufserfahrung des stellvertretenden Projektleiters (Angabe in Jahren). Für die vorstehende Erklärung soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in EUR netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Mindestbedingungen: Durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von mindestens EUR 500.000,00 netto. Erklärung über die Umsätze des Bewerbers in EUR netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit sie Planungs- und Beratungsleistungen betreffen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Für vorstehende Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen: Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist. Mindestbedingungen: Die Deckungssumme der Versicherung muss mindestens jeweils EUR 3.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens EUR 3.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungssummen derzeit nicht besteht, genügt eine Eigenerklärung, dass der Bieter bereit ist, unverzüglich nach Zuschlagserteilung eine entsprechende Versicherung abzuschließen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Teilnahmeanträge werden auf Vollständigkeit geprüft. Dann wird geprüft, welche Bewerber geeignet sind. Liegen mehr geeignete Bewerber vor, findet eine Begrenzung von Bewerbern statt. Sofern die Zahl geeigneter Bewerber geringer ist als vier, findet keine Begrenzung statt. Inwieweit maximal fünf Bieter zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, bleibt der Auftraggeberin vorbehalten. Die Kriterien für die Begrenzung der Bewerber sind: 1) Referenzen im Leistungsbild Objektplanung "Gebäude und Innenräume" und durchgeführte Leistungsphasen 1 - 8 im Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (max. 15 Punkte): Für die Vorlage einer auf die Kriterien zutreffenden Referenz erhält der Bewerber 4 Punkte. Bei Vorlage von zwei auf die Kriterien zutreffenden Referenzen erhält der Bewerber 8 Punkte. Für die Vorlage von drei die Kriterien erfüllenden Referenzen erhält der Bewerber 15 Punkte. Es werden maximal drei Referenzen bewertet, die die geforderten Angaben erfüllen. 2) Gesamtberufserfahrung des Projektleiters (max. 20 Punkte): 10 Punkte werden für die Angabe von mindestens fünf Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters vergeben. Ab jedem weiteren Jahr gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 20 Punkte für die Angabe von 10 Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters erzielt werden. 3) Mitarbeiteranzahl

(max. 30 Punkte): 10 Punkte werden für die Angabe von im Jahresdurchschnitt mindestens fünf festangestellten Architekten und/oder Ingenieuren vergeben. Ab jedem weiteren im Jahresdurchschnitt festangestellten Architekten und/oder Ingenieur gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 30 Punkte für die Angabe von 15 im Jahresdurchschnitt festangestellten Architekten und/oder Ingenieuren erzielt werden. Für die Wertung sind die geforderten Angaben maßgeblich. Es können maximal 65 Punkte erzielt werden. Die unter den vorstehenden Kriterien erzielten Punkte des jeweiligen Bewerbers werden addiert und bilden die für die Begrenzung der Bewerber relevante Gesamtpunktzahl. Die Bewerber werden entsprechend ihrer Gesamtpunktzahl in absteigender Reihenfolge berücksichtigt. Bei Punktegleichstand entscheidet das Los.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 65,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D0UMU8G/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D0UMU8G>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D0UMU8G>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/08/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Fehlende Unterlagen können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nachgefordert werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: s. Bekanntmachung/Vergabeunterlagen Im Auftragsfall werden die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW) Vertragsbestandteil.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Finanzielle Vereinbarung: s. Bekanntmachung/Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Auftraggeberin weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 5 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, 5. ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags- oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 vorliegt. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 GWB bleibt unberührt. Die Auftraggeberin weist insbesondere darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB unzulässig ist, wenn nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen (Nichtabhilfeentscheidung), mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. Die Auftraggeberin wird gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des § 134 Abs. 1 GWB informieren. Bei Information auf elektronischem Weg oder per Telefax darf der Vertrag erst 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden (§ 134 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber, § 134 Abs. 2 Satz 3 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SWTE Kommunal GmbH & Co. KG

Registrierungsnummer: HRA 7678 (AG Steinfurt)

Postanschrift: Zechenstr. 10

Stadt: Ibbenbüren

Postleitzahl: 49477

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

E-Mail: einkauf@swte-netz.de

Telefon: 054515419970

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

Fax: +49 251411-2165

Internetadresse: <https://www.brms.nrw.de/themen/wirtschaft-kultur-und-kommunales/vergabekammer-westfalen>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 857452ca-967e-4420-8477-244a2736c8c0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/07/2026 22:18:22 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 527540-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 145/2026

Datum der Veröffentlichung: 30/07/2026